

Rede zum Tag der Arbeit

1. Mai 2010, Bad Kreuznach

Ingrid Sehrbrock
stellv. Vorsitzende des DGB

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2010, 11:20 Uhr

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

die Krisen der letzten Monate hatten es in sich:
Die Finanzmärkte aus dem Lot;
Banken pleite;
Volkswirtschaften straucheln;

Dann die Wirtschaftskrise:
ein Konjunkturerinbruch in der Metall- und Elektroindustrie;
die Autoindustrie mit heftigen Einbußen,
Zulieferer in Nöten;
die chemische Industrie gebeutelt;
Maschinenbau mit massiven Einbrüchen.

Plötzlich wenden sich auch diejenigen an den Staat, die über Jahre kein gutes Haar an ihm ließen:

Man reibt sich die Augen.
Wer steht alles auf der Matte der Bundesregierung?

Der Staat als Retter für Gerechte und Ungerechte!

Was uns alle erbost ist, dass die Zocker und Spieler auf volles Risiko gingen.
Und wir Steuerzahler und Sozialversicherte sollen die Suppe auslöffeln, die uns verantwortungslose Spekulanten eingebrockt haben.

Und selbst nachdem Milliarden über Milliarden an Steuergeldern geflossen sind, geht es munter weiter. Umkehr? Demut? – Fehlanzeige!

Da wird auf eine Pleite Griechenlands spekuliert! Griechenland – das Ursprungsland demokratischer Kultur!

Lasst mich an dieser Stelle etwas zur Situation in Griechenland sagen. Denn dazu ist in großen Lettern in den letzten Tagen und Wochen sehr viel dummes und gehässiges Zeug geschrieben worden.

Athen ist in Not. Die Lösung? In den nächsten Wochen werden viele Euros nach Athen getragen! Trotzdem hat Europa eine manifeste Solidaritätskrise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Schlüssel zur Lösung der griechischen Schuldenkrise liegt eben auch in Brüssel und Berlin. Da darf man nicht nur mit „schmutzigem Finger“ auf Athen weisen. Klar muss Athen jetzt seine Hausaufgaben machen. Das sieht die Mehrheit der Griechen selbst so.

Eine solidarische Lösung dieser Schuldenkrise ist möglich und nötig.

Kurzfristig müssen wir durch schnelle Finanzhilfen und strenge Regulierungen den Spekulanten das Handwerk legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deswegen unterstützen wir unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf dagegen, die Lasten vorrangig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubürden. Und wir lassen nicht zu, dass sie verunglimpft und abgestempelt werden.

Stattdessen warnen wir vor einseitigen und ökonomisch unsinnigen und sozial verwerflichen Spardiktaten.

Goldman Sachs und andere haben der griechischen Vorgängerregierung geholfen, die Zahlen zu fälschen und die EU-Kommission zu belügen. Regierungen dürfen nicht weiter Geschäfte mit denen machen und müssen sie auf eine schwarze Liste setzen. Es muss offen gelegt werden, wer aktuell wie viel an der Krise Griechenlands verdient und sich die Säckel füllt.

Transparenz statt Volksverdummung, Kolleginnen und Kollegen! Das ist das Gebot der Stunde.

Kolleginnen und Kollegen,

die Verursacher müssen endlich zahlen. Banken, Bürokraten und sonstige „Glücksritter“, die bei jeder Gelegenheit absahnen, ohne jedes Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl.

Wir sind mündige Bürger und lassen uns nicht abspeisen und auch nicht verdummen. Lasst die Verursacher endlich zahlen!

Gott sei Dank stehen die ersten Banker vor dem Kadi. Super-Gehälter und exorbitante Boni gehen nicht mehr locker durch die Aufsichtsräte.

Machen wir uns nichts vor:

- es wird Einschnitte geben,
- es wird Leistungskürzungen geben,
- wir werden mit höheren Steuern und Abgaben leben müssen,
- wir müssen mit zusätzlichen Kosten rechnen.

Anrede,

Aber, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen: wir wollen alles dransetzen, dass die Verursacher zur Kasse gebeten werden:

- (Finanz)Vorstände,
- Erfinder hochriskanter Finanzprodukte,
- Banker,
- Ratingagenturen,

aber auch

- Wissenschaftler, gerade die Volkswirte. Sie haben mit ihren Theorien und Prognosen die Wirtschaft als neues Rechenmodell verstanden.

Man müsse nur Markt und Wettbewerb sicherstellen, dann regle sich alles von selbst zum Guten.

Anrede,

wer sich ein bisschen in der Geschichte auskennt, weiß, dass dies schon im Zeitalter der Industrialisierung im 19. Jahrhundert nicht funktioniert hat. Deshalb brauchen wir einen

- klaren rechtlichen Rahmen für die Finanzmärkte – national und international

- Zulassungskriterien für Finanzprodukte, damit Risiken und Nebenwirkungen klar sind,
- klare Verantwortlichkeiten – finanziell und persönlich bei den Akteuren.

Es kann doch nicht sein, dass alle Inhaltsstoffe im Katzenfutter deklariert werden müssen.

Bei den sogenannten modernen Finanzprodukten kaufen wir aber die *Katze im Sack*.

Anrede,
um es kurz zu fassen. Die Politik hat zu lange zugesehen. Sie hat die Finanzjongleure machen lassen. Es fehlte ein gesetzlicher Rahmen. Und es fehlte der Anstand in den Knochen der Spitzenleute der Wirtschaft!

Die Bundesregierung hat ja mutig begonnen beim G20 Treffen in Pittsburgh im letzten Jahr. Michael Sommer hat zusammen mit den Spitzen des Internationalen Gewerkschaftsbunds dort mit vielen Regierungschefs gesprochen und für unsere Vorstellungen geworben. Uns liegt eine lange Liste an Einzelmaßnahmen der Bundesregierung vor, die noch umgesetzt werden muss.

Ihr könnt sicher sein, dass wir genau im Blick behalten, was da tatsächlich passiert.

Mit der Bankenabgabe geht es in die richtige Richtung. Aber was da an Summen zusammenkommt, ist viel zu gering.

Und wir brauchen eine Steuer auf alle Finanztransaktionen. Die summiert sich für die Öffentlichen Haushalte, und genau das brauchen wir.

Im Juni wird es wieder einen nationalen Wirtschaftsgipfel mit der Kanzlerin in Meseberg geben. Auch da werden wir als Spitze des DGB dabei sein.

Anrede,
unser Motto: Wir gehen vor! liegt da genau richtig.

Wir gehen vor heißt:

→ die Gewerkschaften sagen, wo es lang gehen muss

- in der Arbeit
- bei Löhnen
- bei sozialer Sicherung

Aber wir gehen vor heißt auch:

- → die Menschen gehen vor
- → Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen vor,

nicht die Anteilseigner

nicht die Banker,

nicht die Manager

Die arbeitenden Menschen sind es, die die Werte schaffen.

Und sie müssen Vorrang haben.

„Put people first“ sagt der Europäische Gewerkschaftsbund

Die Menschen zuerst.

Was gehört dazu? Ein starker Sozialstaat!

Soziale Sicherung – ohne Zweifel.

Wer sich auf die Rente zu bewegt, wer regelmäßig über seine Rentenansprüche informiert wird, macht sich Gedanken, ob das reicht! Die Sorge, in Existenznöte zu kommen, ist hoch.

Denn Tatsache ist: die Rente wurde abgesenkt, die Zugänge für Erwerbsgeminderte erschwert. Wer früher in Rente geht als mit 65 muss erhebliche Abschläge in Kauf nehmen.

In dieser Situation soll nun auch noch die Rente mit 67 in Kraft treten! Kaum einer schafft es heute überhaupt bis 65 zu arbeiten. Die Rente mit 67 ist nichts anderes als eine Rentenkürzung durch die Hintertür! Verlassen Sie sich darauf: Für die Gewerkschaften ist hier das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Riester-Rente als private Vorsorge ist für viele Menschen nicht drin. Die Einkommen sind einfach zu niedrig oder zu unregelmäßig. Betriebsrenten wurden über Jahre abgebaut. In großen Betrieben gibt es sie, aber im Osten kaum!

Über Jahre wurde die gesetzlichen Rente madig gemacht: zu niedrig, zu teuer, zu geringe Erträge. Zu unsicher, weil zu wenig junge Menschen nachwachsen, so hieß es.

Nun droht auch noch die Kopfpauschale im Gesundheitssystem, der nächste Angriff auf die paritätische Finanzierung!

Niemand kann mir erklären, warum eine Pauschale mit Zuschlägen aus Steuermitteln je nach Einkommen besser sein soll als eine Krankenversicherung, die sich an Einkommen orientiert.

Der DGB-Bundesvorstand hat deshalb seine Kampagne „Mit Köpfen gegen die Kopfpauschale“ gestartet. Dass der Arbeitgeberanteil dabei eingefroren werden soll, kriegt übrigens jeder mit!

Dies ist auch ein Ergebnis des Drucks von Seiten der Arbeitgeber: Da wurde die Last der sogenannten Lohnnebenkosten beschworen. Arbeitgeber wollten weniger zahlen, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können.

1. Aber machen wir uns nichts vor: erstens ist in Produktionsbetrieben der Lohnkostenanteil, einschließlich Krankenversicherung und Rentenversicherung bei durchschnittlich ..., im Dienstleistungsbereich ist er höher.
2. und mit welchen Ländern wollen wir eigentlich mit unserer Sozialversicherung konkurrieren?

- mit Indien, das für über 90 % seiner Bevölkerung kein entwickeltes System der Sozialversicherung hat?
- mit Vietnam
- mit Kasachstan oder Südafrika?

3. Unsere Rente ist keine staatliche, wie wir so oft hören. Sie war als Vorsorge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber konzipiert, die mit ihren Beiträgen unabhängig von Staat ein verlässliches System aufbauen wollten.

Bei allen Steuermitteln, die heute dafür aufgewandt werden, ist die Rente weitgehend solidarisch finanziert. Meiner Meinung nach darf hier nicht mehr einseitig zu Lasten der versicherten gedreht werden! Das verschärft die Folgen der Krise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Jugend braucht gute Ausbildung und Beschäftigung

Anrede,
junge Menschen spüren die aktuelle Krise am stärksten: Bei den unter 25-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit an, um ca. 20 Prozent.

Und Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armut: Junge Arbeitslose müssen oftmals direkt Hartz IV-Leistungen beantragen, weil sie – etwa wegen zu kurzer Beschäftigungsdauer oder zu geringer Einkommen – keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben: Mehr als die Hälfte rutscht direkt in Hartz IV.

Wer eine Lehrstelle sucht, hat es in Deutschland schwer: 1,5 Millionen junge Erwachsene von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss! Das entspricht 15 Prozent dieser Altersgruppe.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich zehntausende Einzelschicksale: junge Menschen, die eigentlich „durchstarten“ und etwas lernen wollen, die sich nützlich machen und eigenes Geld verdienen möchten.

Eine wesentliche Ursache für die hohe Zahl der Ungelernten liegt in dem seit Jahren zu knappen Lehrstellenangebot. Der tatsächliche Bedarf an Ausbildungsplätzen wird viel zu niedrig eingeschätzt.

Schulabgänger, die keinen Platz finden und in verschiedene Übergangsmaßnahmen oder so genannte Warteschleifen abgedrängt werden, tauchen in politischer Lehrstellenbilanz im Herbst nicht mehr auf.

Jugendliche, die als „nicht ausbildungsreif“ klassifiziert werden, gelten statistisch nicht als Bewerber! So wird das Problem heruntergerechnet. Die offizielle Lücke bei Ausbildungsplätzen lag in 2008 bei knapp 6000 und in 2009 bei offiziell 4400.

Wie wir dann auf über 300.000 Altbewerber kommen, die sich seit Jahren erfolglos um eine Lehrstelle bemühen, könnte auch Adam Riese nicht beantworten.

Der Ausbildungspakt hat maßgeblich zum Entstehen dieser Situation beigetragen. Nur 24 Prozent der deutschen Unternehmen bilden aktiv aus.

Selbst gut ausgebildete junge Menschen haben immer schlechtere Chancen auf einen reibungslosen Berufseinstieg. Die DGB-Jugend hat 2000 Auszubildende vor Ausbildungsabschluss befragt. Nur etwa ein Drittel gibt an, nach ihrer Ausbildung übernommen zu werden. Das heißt, weit über 60 Prozent aller Auszubildenden werden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen.

Die Wirtschaftskrise hat diese Situation noch verschärft: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist um rund 50.000 gesunken, gleichzeitig ging die Zahl der angebotenen Lehrstellen deutlich zurück. Alle Prognosen zeigen, dass sich die Krise auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2010 verschärfen wird.

Betriebe, die jetzt entlassen oder Ausbildung zurückfahren und junge Menschen nach der Ausbildung nicht übernehmen, verschärfen den drohenden Fachkräftemangel.

Daher sind mehr Übernahmen nach der Ausbildung nötig: Übernahme sichert jungen Menschen Zukunftsperspektiven — und die dringend notwendige Berufserfahrung. Es ist gut, dass die Gewerkschaften in ihren Tarifverträgen der letzten Monate Anreize für die Übernahme schaffen. Gerade hat das die IG BCE mit den Übernahmefonds beschlossen!

Der Bundesregierung fällt bisher jedoch leider noch nicht viel dazu ein.

Wenn sich neben den Ländern auch die Gewerkschaften an der Weiterentwicklung des Ausbildungspakts beteiligen sollen - so steht es im Koalitionsvertrag - geht das nur so:

- einer klaren Vereinbarung über die Zahl der Ausbildungsplätze,
- der Verständigung auf eine ehrliche Ausbildungsstatistik
- einer ernsthaften Diskussion über die Qualität der beruflichen Bildung.

Junge Menschen sind die unfreiwilligen Vorreiter einer neuen, flexiblen Arbeitswelt. Als Berufsanfänger stehen sie unter einem besonderen Druck, sich jederzeit anzupassen und für den nächsten Job alles stehen und liegen zu lassen.

Mehr als 60 Prozent der jungen Beschäftigten hatten bereits im Jahr 2008 ein prekäres Arbeitsverhältnis. Sie arbeiteten entweder zu Niedriglöhnen von unter 1.500 Euro und/ oder befristet, in Zeitarbeit oder in Minijobs, in Praktiken oder Honorarverträgen.

Unsichere Beschäftigung bleibt nicht ohne Folgen für die betroffenen jungen Menschen.

- es fehlen beruflichen Perspektiven,
- sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz,
- Planbarkeit für die weitere familiäre und soziale Zukunft

Wie alle Beschäftigten brauchen auch sie Perspektiven und einen fairen Lohn, erst recht, wenn sie eine Familie gründen wollen.

Deshalb setzen wir als DGB mit den Gewerkschaften alle Hebel in Bewegung, um weitere Verschlechterungen zu verhindern. Machen wir uns nichts vor: das geht nur, wenn die Fachkräftelücke für Betriebe fühlbar wird! Sei's drum. Wir bleiben dran!

Anrede,

Wir gehen vor! heißt für uns auch: Gute Arbeit ist mitbestimmte Arbeit!

Die Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsräten und Aufsichtsräten sind die Experten für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. Sie stehen auch für gute Arbeit insgesamt.

Sie können die Arbeitsbedingungen im Betrieb und Unternehmen verbessern. Und sie tun es jeden Tag!

Wir haben alle noch im Ohr, wie Lidl, Schlecker und Co. (?) versucht haben, BR-Wahlen zu verhindern. Und die Wahrheit ist: es gibt immer noch Unternehmen, die mit allen Tricks arbeiten, um Betriebsräte mürbe zu machen. Die Wahlen, die gerade laufen zeigen aber: es war viel leichter, Kandidaten zu gewinnen und die Wahlbeteiligung war höher (IGM und Ver.di).

Offene Feindschaften findet man seltener. Gerade in der Krise ist die Wertschätzung der Arbeit der Betriebsräte erheblich gewachsen. Gut so, kann man da nur sagen.

Da haben alle was davon: Mitbestimmung verbessert das Betriebsklima und führt zu höherer Motivation, Arbeitszufriedenheit und Produktivität.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Löhne in Betrieben mit Betriebsrat höher sind als in Betrieben ohne Betriebsrat: Weil Betriebsräte die Eingruppierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Umsetzung der Tarifverträge kontrollieren.

Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Aufsichtsrat wiederum beraten den Vorstand in sozialen und ökonomischen Fragen und bringen eigene, alternative Ideen und Konzepte für gute Arbeit in die Beratungen ein.

Und das mit Erfolg: Mitbestimmte Unternehmen sind produktiver und melden mehr Patente an als nicht mitbestimmte Unternehmen. Damit sind sie besser gerüstet für die Herausforderungen der Zukunft.

Es zeigt sich: Mitbestimmung ist nichts Abstraktes, sondern ein Garant für gute Arbeit. Nur wo Mitbestimmung drauf steht, ist gute Arbeit drin!

Anrede,

eine der erfolgreichsten Kampagnen des DGB und der Gewerkschaften war sicher die zum Mindestlohn.

Machen wir uns nichts vor, Gewerkschaften und DGB haben sich die Sache nicht leicht gemacht. Wir brauchten lange, bis wir eine gemeinsame Position hatten: 2002 begannen wir, 2006 haben wir uns auf drei Punkte verständigt:

1. Tarifverträge sollten leichter allgemeinverbindlich werden für alle in der Branche Beschäftigten.
Das ist wichtig, wurde aber im Tarifausschuss der Bundesregierung von Arbeitgebern immer wieder verhindert.
2. Das Entsendegesetz sollte auf alle Branchen ausgedehnt werden. D. h., entsenden ausländische Unternehmen Beschäftigte nach Deutschland, müssen sie nach dem geltenden Tarifvertrag bezahlen, wenn dieser Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklärt wurde.
3. Sollte beides nicht gelingen, muss ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro gelten.

Heute sind wir weiter als 2006, neun Branchen haben Mindestlöhne. Offen sind noch der Pflegebereich, die Weiterbildung und die Leiharbeit.

Nach dem MIAG können weitere Mindestlöhne festgesetzt werden, wenn es keine Tariflöhne gibt.

Noch haben wir die Politik nicht weichgekocht. Mit der FDP haben wir einen schweren Gegner.

Wenn ab 2011 die volle Freizügigkeit gilt für Beschäftigte in allen neuen Mitgliedsländern der EU, ist der nächste Schritt nötig. Denn wer will schon, dass eine weitere Dumpinglohnwelle angestoßen wird.

Auch hier bleiben wir dran, Kolleginnen und Kollegen, denn: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen vor.

Anrede,

wir gehen vor! ist unser Maimotto 2010.

Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.

Gerechte Löhne – darum geht es in der Tarifpolitik.

Im Zeitalter der exorbitanten Vorstandsgehälter und Boni, der Tariffucht von Unternehmen, der erzwungenen Abweichung von Tarifverträgen, war das nicht leicht.

Kein Wunder, dass wir inzwischen einen breiten Niedriglohnsektor haben und weite Bereiche, in denen Tariflöhne nicht existieren. Die Erwartungen der Befürworter des Niedriglohns haben sich nicht erfüllt: die Idee der Gutwilligen war, für gering Qualifizierte neue Arbeitsplätze zu schaffen: als Einpacker an der Supermarktkasse, als Autowäscher, als Hilfe im Haushalt. Dort, wo solche Jobs entstanden sind, und es waren nicht so viele, werden überwiegend Menschen beschäftigt, die eine Ausbildung haben! Und ein zweiter Effekt trat ein: Reguläre Arbeit wurde als Minijob oder nur als TZ-Arbeit angeboten, zum Teil auch mit unverschämt niedrigen Löhnen von 2,50 Euro u. a., wie es gerade wieder vor dem BAG verhandelt wurde.

Wir kämpfen für Mindestlöhne, denn Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können!

In vielfacher Hinsicht sind die Beschäftigten in unserem Land aber die Leidtragenden dieser Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Angst um Arbeitsplatzverlust nimmt zu. Die Exportwirtschaft in Deutschland befindet sich in einer schwierigen Phase. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine Stärkung in der Binnennachfrage, damit Konjunkturimpulse erzielt und Arbeitsplätze entstehen bzw. gesichert werden.

Für gute Arbeit muss ein gerechter Lohn bezahlt werden. Ein gerechter Lohn muss für alle Beschäftigten gelten, auch für die Beschäftigten in der Zeitarbeit. Sie sind die ersten Leidtragenden der Wirtschaftskrise. Leiharbeit darf nicht als Kostensenkungsprogramm eingesetzt werden gegen Stammbeslegschaften. Sie kann eingesetzt werden bei Auftragsspitzen bzw. bei sonstigen unvorgesehenen Ereignissen.

Tarifverträge sichern die Lebens- und Arbeitsqualität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sie schaffen Rechtssicherheit und erhalten den sozialen Frieden in Deutschland.

Anrede,
die Gewerkschaften wollen die Verteilungsmöglichkeiten in den jeweiligen Branchen ausschöpfen, damit die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht wird. In diesem Jahr war die Sicherung von Arbeitsplätzen eine wichtige Forderung der Gewerkschaften. In dieser Krise war die Sorge, arbeitslos zu werden, besonders hoch. Die Gewerkschaften haben auf dem Wirtschaftsgipfel im Kanzleramt die Ausweitung der Kurzarbeit gefordert und durchgesetzt.

Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gerechte Löhne und ein starker Sozialstaat werden nicht durch unrealistische Gewinnerwartungen der Konzerne geschaffen. Nicht durch höhere Profite für wenige und soziale Verwerfungen für viele.

Es sind die Beschäftigten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren Ideen und ihrer Arbeit die Werte schaffen. Gute Produkte, kundenorientierte Dienstleistungen. Ohne qualifizierte und engagierte Mitarbeiter wäre jedes Unternehmen aufgeschmissen. Es ist gut, dass man das „Geschwätz“ vom freien Unternehmertum, das sich vom Staat nicht gängeln lassen darf, nicht mehr offen hört. Der „frei schwebende“ Unternehmer ist nicht mehr gefragt. Wir brauchen solche, die sich für ihre Beschäftigten verantwortlich fühlen. Wir brauchen solche, die an sich selbst und ihr Handeln die ethische Messlatte anlegen.

Anrede,
eines, Kolleginnen und Kollegen, macht mich besonders ärgerlich, die Debatte über den unersättlichen Steuerstaat.

Die FDP und andere Interessierte erwecken den Eindruck, der Bürger und die Bürgerin müssen alles dransetzen, möglichst wenig Steuern zu zahlen.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wer die Infrastruktur, die der Staat vorhält, nutzen will, muss auch Steuern zahlen. Denn das Geld wächst nun mal nicht auf den Bäumen!

Ich bin überzeugt, dass Menschen für ein gutes Angebot an Kinderbetreuung, Schulen und Krankenhäusern, an Bibliotheken und Unis, an guten Straßen und Fahrradwegen, für eine bürgerfreundliche, leistungsfähige Verwaltung sehr wohl bereit ist, Steuern zu zahlen.

Deshalb Schluss mit dieser Debatte. Da lobe ich mir die 24 (?), Millionäre, die sich zusammengetan haben. Sie wollen mehr Steuern zahlen, und sie finden, dass Sie das können!

Ich bin mir sicher, dass es mehr als 24 in dieser Republik sind, die zur Beseitigung der öffentlichen Armut beitragen könnten.

Anrede,

es ist höchste Zeit, dass die arbeitenden Menschen wieder im Vordergrund stehen!

Gute Arbeit

Gerechte Löhne

Starker Sozialstaat

Wir gehen Vor!

Ich wünsche Ihnen einen schönen 1. Mai!